



Rundbrief März – I - 2025

Liebe Mitglieder der DPG, liebe Leserin und Leser.

Anbei schicken wir Ihnen den zweiten Februar-Rundbrief mit einer ersten Einschätzung der Bundestagswahlen, Informationen zu der Situation in Gaza und der Westbank, Neuigkeiten zu Trumps Gaza-Plänen und Hinweisen in eigener Sache.

1. Erstens: Nachbetrachtung zu den Bundestagswahlen

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen in Deutschland, die sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einsetzen.

Einer der ersten, der dem designierten Bundeskanzler Friedrich Merz noch am Wahlabend gratulierte, war ausgerechnet Benjamin Netanjahu. Während des Telefongesprächs, das durch das Büro des israelischen Ministerpräsidenten als „herzlich“ beschrieben wurde, lud Merz Netanjahu zu einem Besuch in Deutschland ein als ein Akt der „offenen Herausforderung gegen die skandalöse Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), den Ministerpräsidenten als Kriegsverbrecher zu bezeichnen“ – so das Büro Netanjahus. Merz kündigte „Mittel und Wege“ an, den Haftbefehl gegen Netanjahu bei einem möglichen Deutschlandbesuch zu umgehen. Damit stellt sich Merz offen gegen geltendes Völkerrecht und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall. Die Bundesrepublik ist einer der 125 Mitgliedsstaaten des Römischen Statuts und damit völkerrechtlich dazu verpflichtet, die Entscheidungen des IStGH anzuerkennen und umzusetzen und Netanjahu zu verhaften und nach Den Haag zu überstellen.

Durch die Wahl gingen über die Hälfte aller Mandate an Parteien, die sich in den letzten Monaten unter dem Vorwand des Kampfes gegen Antisemitismus durch übelste rassistische Hetze gegen Migrant*innen – und hier vor allem gegen Palästinenser*innen, Araber*innen und Muslim*innen – hervorgetan haben. Die Brücke zwischen einer völlig einseitigen außenpolitischen Positionierung zugunsten Israels und innenpolitischer Repression ist der Neologismus des sogenannten „importierten Antisemitismus“, durch die palästinensische Narrative aus dem innergesellschaftlichen Diskurs in Deutschland verbannt werden sollen. Einen Vorgeschmack auf das, was wir erwarten können, konnten wir in den letzten Wochen erleben: Die Ausladung der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese durch die Freie

Universität auf Druck des CDU-geführten Berliner Senats. Die Veranstaltung fand schließlich unter Aufsicht der Polizei in den Redaktionsräumen der Jungen Welt statt. Begründung der Polizei: Man wolle mögliche angeblich kriminelle Akte verhindern. Dies ist nicht nur eine feindliche Geste gegenüber der Person Francesca Albanese. Mit einer unbeschreiblichen Arroganz erhebt sich damit der Berliner Senat über eine Vertreterin der Vereinten Nationen, was nichts anderes ist als ein Schritt zur Aushöhlung der sonst immer beschworenen regelbasierten internationalen Ordnung.

Nach Vorstellung der CDU soll ein eindeutiges Bekenntnis zum Existenzrecht Israels in Zukunft Voraussetzung für den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft sein. Bei „antisemitischen Straftaten“ droht der Verlust der Staatsbürgerschaft; Asylanten sollen ihren Schutzstatus verlieren.

Als eine seiner letzten Amtshandlungen des alten Bundestages stimmte eine große Koalition aus CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und AfD (!!!) einer Resolution gegen „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen“ zu. Auch hier fiel die Brandmauer – allerdings von der medialen Öffentlichkeit weniger beachtet als bei der Resolution der CDU zur Begrenzung der Migration am selben Tag. In dieser Resolution wird die umstrittene IHRA-Definition, die Israelkritik mit Antisemitismus gleichsetzt, zur verbindlichen Grundlage von Forschungsförderung und Schulcurricula gemacht. Die Hochschulrektorenkonferenz hat die Resolution zu Recht als staatliche Einmischung in die Freiheit von Forschung und Lehre kritisiert.

Dadurch, dass die IHRA-Definition mit ihrer starken Fokussierung auf den sogenannten „israelbezogenen Antisemitismus“ zur verbindlichen Grundlage staatlicher Wissenschafts- und Kulturförderung gemacht wird, sollen nicht nur palästinensische Perspektiven auf den Konflikt unsichtbar gemacht werden, sondern auch wissenschaftliche, die Realität beschreibende Konzepte wie „Apartheid“, „ethnische Säuberung“ oder „Genozid“, die die aus dem öffentlichen Diskurs verbannte werden. Kandidat für das Amt des neuen Kulturstaatsministers ist übrigens der Berliner Kultursenator Joe Chialo, der in Berlin jede Kulturförderung von einem eindeutigen Bekenntnis zu Israel abhängig gemacht hat.

Siehe zum Thema auch:

- Erklärung von zivilgesellschaftlichen Organisationen – darunter auch die DPG – zur Ausladung von Francesca Albanese durch die FU und zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen:
<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/statement-zur-ausladung-von-albanese-wo-wenn-nicht-an-einer-universitaet>
- Kritische Stellungnahmen deutscher Wissenschaftler zu der Antisemitismus Resolution auf der Bundespressekonferenz:
<https://www.youtube.com/watch?v=Amlq8iKRDmQ>

2. Zweitens: Der Waffenstillstand in Gaza ist noch kein Frieden



Photo: Emirates News Agency- WAM

Seit dem 19. Januar schweigen die Waffen im Gazastreifen. Allerdings hängt der Waffenstillstand an einem seidenen Faden. Netanjahu hat immer wieder gedroht, jederzeit die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen, wenn die Geiseln befreit sind. Durch Trumps Vision, den Gazastreifen in die Riviera des Nahen Ostens zu verwandeln, fühlen er und seine Parteigenossen sich in ihrem Ziel der ethnischen Säuberung des Gazastreifens bestätigt.

So erklärte der stellvertretende Sprecher der Knesset und Parteigenosse Netanjahus, Nissim Vaturi, vor einer Woche: „Wer ist schon unschuldig in Gaza? Wir waren zu rücksichtsvoll.“ Er beschrieb die Menschen in Gaza als „Abschaum“ und „Untermenschen“, und empfahl Frauen und Kinder zu separieren und alle Erwachsenen – er meinte wohl alle Männer – zu töten.¹

Auch die IDF drohten offen in einem kürzlich über Gaza abgeworfenen Flugblatt: „Nach den letzten Ereignissen und vor Trumps Zwangsumsiedlungen, die unausweichlich sind – ob Ihr das akzeptiert oder nicht – appellieren wir ein letztes Mal an Euch: Kooperiert mit uns. Überdenkt Eure Situation. Die Weltkarte wird sich nicht ändern, selbst wenn alle Menschen in Gaza aufhören zu existieren. Niemand wird mit Euch fühlen, niemand wird nach Euch fragen. Man hat Euch mit Eurem Schicksal allein gelassen. Der Iran kann sich nicht einmal selbst schützen, geschweige denn Euch. ... Weder Amerika noch Europa kümmern sich in irgendeiner Weise um Gaza. Selbst die arabischen Länder, die jetzt unsere Verbündeten sind, versorgen uns mit Geld und Waffen, während sie Euch nur Leinentücher schicken.

Es bleibt nur noch wenig Zeit – das Spiel ist fast vorbei. Rettet Euch, bevor es zu spät ist. Wir sind hier und bleiben bis zum Ende der Zeit.“

Der Krieg geht weiter...



Seit dem Waffenstillstand sind eine halbe Million Palästinenser*innen in den nördlichen Gazastreifen zurückgekehrt. Und auch wenn sie stoisch ihre Zelte neben ihren zerstörten Häusern errichten und trotzig klar machen, dass sie sich nicht vertreiben lassen, wird ihnen das Ausmaß des Leides immer deutlicher. Unter den Trümmern finden sie die verwesenen Überreste von getöteten Familienangehörigen. Jeder hat Freunde und Verwandte verloren. Die Gesellschaft ist für Jahrzehnte traumatisiert. Und trotz Waffenstillstand wird auf die

Rückkehrer geschossen. Seit Beginn des Waffenstillstands wurden 93 Palästinenser*innen ermordet, über 800 verletzt.



Photo: @UNICEF/Eyad El Baba

Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen. Israel hat während des 15-monatigen Krieges immer wieder gezielt Ärzte und anderes Gesundheitspersonal ermordet und Kliniken bombardiert. Andere wurden verhaftet. Ausländischen Ärzten, die Hilfe leisten wollen, wird der Zutritt nach Gaza verweigert. Der Krieg geht weiter, aber mit subtileren Methoden. Israel hat wiederholt gegen Details des Waffenstillstandsabkommens verstoßen. Nach Informationen des Informationszentrums in Gaza haben nur etwa 30% der vereinbarten Hilfslieferungen den Gazastreifen erreicht. Nur etwa die Hälfte der vereinbarten 200.000 Zelte und 60.000 Wohncontainer hat Gaza erreicht. Es fehlt nach wie vor an medizinischem Gerät, Medikamenten und an Benzin. „Die israelischen Behörden verhindern die Reparatur des Wassernetzes und die Sanierung der Krankenhäuser,“ erklärt Salama Maarouf, der Direktor des Informationszentrums. „Israel tötet durch Durst und Krankheit und indem es Medikamente, Strom und Unterkünfte vorenthält. Nach Informationen der Gesundheitsbehörden Gazas sind seit Anfang Februar sieben Babys an den Folgen von Unterkühlung gestorben. Und Oxfam berichtet von 46.000 Erkrankungen pro Woche durch Mangel an sauberem Wasser.²

Und während die Augen der Welt sich auf Gaza richten, setzt die israelische Regierung die Politik der Vertreibung in der Westbank fort. Seit fünf Wochen steht der Norden der Westbank unter Belagerung. 40.000 Menschen wurden aus Jenin vertrieben. Die israelische Regierung hat angekündigt, dass sie nicht wieder in ihre (zerstörten) Häuser zurückkehren dürfen. „Wir werden Jenin in ein zweites Gaza verwandeln,“ erklärte der bereits zitierte Knesset Sprecher Vaturi. „Radiert Jenin aus. Und sucht nicht erst nach Terroristen. Wenn ihr einen Terroristen in einem Haus ausfindig macht, so macht dieses dem Erdboden gleich.“

Zum Weiterlesen möchten wir auf die Hintergrundberichte über die aktuelle Situation in Gaza und der Westbank auf Mondoweiss (auf Englisch) verweisen:

- Zu den Verletzungen des Waffenstillstandes in Gaza:
<https://mondoweiss.net/2025/02/senior-hamas-leader-says-israeli-ceasefire-violations-aim-to-continue-genocide-through-other-means/>

- Zu den Massenvertreibungen im Norden der Westbank:
<https://mondoweiss.net/2025/02/humiliating-and-painful-testimonies-of-mass-displacement-in-the-northern-west-bank/> und:
<https://mondoweiss.net/2025/02/israel-says-40000-displaced-palestinians-in-northern-west-bank-will-not-be-allowed-to-return/>

3. Drittens: Trumps Pläne für Gaza

Schienen arabische diplomatische Kreise nach dem Tete-à-Tete des jordanischen Königs Abdallah und Donald Trumps noch vorsichtig optimistisch und deuteten an, dass Abdallah Trump davon überzeugt hätte, dass der Plan, Gaza zu einem Ferienparadies der internationalen Finanzelite zu machen, aufgrund der einmütigen arabischen Ablehnung unrealistisch sei, belehrte Trump sie inzwischen eines Besseren.



Auf sozialen Medien des Trump-Imperiums wurde ein durch KI generiertes Video der Trumpschen Vision des zukünftigen Gazas verbreitet. Palästinenser*innen kommen hier nur noch als Personal oder exotisierte Erotikobjekte – Stichwort: Bauchtänzer*innen – für die neu Kolonialelite vor, die sich die Riviera von Gaza unter den Nagel gerissen hat.

Aber es geht nicht allein um die Bestätigung, dass Trump an seinen Gaza-

Plänen festhält. Auch Bilder konstituieren Diskurse. Die Tragweite des Clips geht weit über Gaza hinaus. Sie markieren die Grundlinien der neokolonialen Weltordnung, die Trump und seinen High-Tech-Freunden vorschwebt und die letzten Institutionen, Regeln, Normen einer internationalen Ordnung über Bord wirft. Gaza wird hier zum Präzedenzfall. Der Historiker Joel Glasmann schreibt in einem Kommentar auf Facebook dazu:

„Welche Funktion hat das Video? In erster Linie, Gewalt zu verharmlosen. [...]



Kolonialpropaganda kombiniert Gewaltverherrlichung und Gewaltverharmlosung. Zweitens, Imperialismus zu legitimieren. Zivilisation (Ordnung, Wohlstand, usw.) legitimiert Landnahme.

Drittens, um das Völkerrecht und die internationalen Institutionen zu schwächen. Sie spielen einfach keine Rolle. Genauso wenig wie juristische Begriffe wie „ethnische

Säuberung“ oder „Genozid“, die nur noch verwendet werden, wenn sie von Gegnern der USA verwendet werden. Viertens, um eine Brücke zu schlagen zwischen den alten und den neuen Rechten, dem Faschismus und der Alt-Right, den Kolonialisten und den

Libertären. [...] Fünftens, um demokratische, liberale und progressive Diskurse lächerlich zu machen. Hier wird desakralisiert, Taboos gebrochen, übertrieben, karikiert. Durch Humor soll jede Kritik entschärft werden: Wer nicht mitmacht, ist ein Spießler.“ Joel Glasman, FB, 26.2.2025

4. Im Schatten der Mauer – Alltag in Palästina (Fotoausstellung)

Im Kulturverein F 14 in Münster sind noch bis zum 28. März Fotos von unserem Präsidiumsmitglied Ursula Mindermann zu sehen. Mit ihrer Kamera erzählt die Fotografin von dem Alltag der Menschen im Schatten der Mauer, zwischen Checkpoints und nächtlichen Razzien, Hauszerstörungen und Landraub, von ihren Ängsten, aber auch von ihren Hoffnungen auf ein besseres, selbstbestimmtes Leben in einem eigenen Staat.

Adresse: KulturKneipe F24, Frauenstraße 24, 48143 Münster



Photo: Ursula Mindermann

Am Sonntag, den 9. März werden Ursula Mindermann und die in Gaza geborene Nuha Forst im Kulturverein F14 aus Anlass des Internationalen Frauentages einen Vortrag zum Thema Frauenalltag in Palästina halten (11:00 bis 13:00 Uhr). Ausführliches hierzu unter: <https://f24-kultur.de/events/ursula-mindermann-fotos/>

5. Viertens: [Zoom-Vortrag](#)

Wir möchten Euch zu unserem nächsten [Zoom-Vortrag](#) mit dem Journalisten und Autor Johannes Zang am 11.März um 19:30 einladen:

Kein Land in Sicht? Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg

Auf der Basis seines neuen Buches befasst sich Johannes Zang mit den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 und deren Vorgeschichte, den ignorierten Warnungen und dem aktuellen darauffolgenden Krieg. Anhand von gut hundert Fragen skizziert Zang mosaikartig Geschichte

und Gegenwart des Gazastreifens, den er selbst etwa drei Dutzend Mal besucht hat. Er beantwortet viele Fragen, zum Beispiel: Warum ist Rafah in ein ägyptisches und ein palästinensisches Rafah geteilt? Wer verdient am Tunnelgeschäft? Was bedeutete das Bertini-Abkommen für die Fischer Gazas? Welcher hochrangige israelische Politiker versicherte schon vor Jahren, die Palästinensische Autonomiebehörde sei »eine Last«, die Hamas dagegen »ein Gewinn«?

Zugangsdaten zum Zoom-Meeting:

<https://us02web.zoom.us/j/86446801294?pwd=tyTVEHK7Q4sePm4Nrzcpq5TppjmQJ.1>

Meeting-ID: 864 4680 1294, Kenncode: 602260

Save the Date:
Die Jahrestagung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft wird vom 13.-15.Juni 2023 wieder im koptischen Kloster Brenkhausen stattfinden. Programm erfolgt separat.

Spende
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
Kontoverbindung
IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK
Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina

Die Beendigung der israelischen Besatzung ist der Schlüssel zum Frieden!



DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHE GESELLSCHAFT
الجمعية الألمانية الفلسطينية
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Hinweis: Im nächsten Rundbrief werden wir uns näher mit der Situation in Gaza nach dem Waffenstillstand und den Angriffen der israelischen Armee auf Jenin und andere Städte der Westbank befassen.

*Ivesa Lübben,
Vizepräsidentin – DPG e.V.*